


MUSTERBRIEFE 2026

Die 12 Musterbriefe ans Finanzamt

*Fertig formuliert, juristisch belastbar, sofort einsetzbar —
für jede typische Situation eines Rentners.*

<p>Helga Müller Lindenweg 12 99423 Weimar Steuer-Nr. 123/456/78901</p>	<p>Weimar, den 15. März 2026</p> <p>MUSTER WORD + PDF</p>
<p>An das Finanzamt Weimar Schwanseestraße 17 99423 Weimar</p>	
<p>Betreff: Antrag auf Erteilung einer Nicht- veranlagungs-Bescheinigung gemäß § 44a Abs. 2 EStG</p>	
<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p>	
<p>hiermit beantrage ich die Erteilung einer NV-Bescheinigung für die Jahre 2026 bis 2028. Mein zu versteuerndes Einkommen wird voraussichtlich unter dem Grundfreibetrag von 12.348 € liegen.</p>	
<p>Mit freundlichen Grüßen</p>	
<p> Helga Müller</p>	

So nutzen Sie diese Briefe

Diese Sammlung enthält zwölf Musterbriefe für die häufigsten Anliegen, mit denen Rentnerinnen und Rentner ans Finanzamt herantreten müssen — von der Nichtveranlagungs-Bescheinigung über den Einspruch gegen einen Steuerbescheid bis zum Antrag auf Stundung einer unerwarteten Nachzahlung. Jeder Brief ist **juristisch belastbar formuliert**, mit Bezug auf den jeweils einschlägigen Paragraphen, und so aufgebaut, dass Sie nur Ihre persönlichen Daten einsetzen müssen.

Aufbau jedes Musterbriefs

- 1. Wann nutzen Sie diesen Brief?** — Eine kurze Beschreibung der typischen Lebenssituation, in der dieser Brief richtig ist.
- 2. Rechtsgrundlage** — Der genaue Paragraph (§), auf den sich Ihr Antrag stützt — wichtig für die Bearbeitung im Finanzamt.
- 3. Was Sie vorab klären sollten** — Eine kurze Checkliste mit Voraussetzungen und Belegen, die Sie eventuell beifügen müssen.
- 4. Der Briefentwurf** — Vollständig formulierter Brief mit Platzhaltern in eckigen Klammern: [Name], [Steuernummer], [Datum].
- 5. Was passiert danach?** — Was Sie nach dem Versand erwarten dürfen — Bearbeitungsdauer, mögliche Rückfragen, nächste Schritte.

Platzhalter im Überblick

Alle in den Briefen verwendeten Platzhalter sind in **eckigen Klammern** markiert. Bevor Sie den Brief absenden, ersetzen Sie jeden Platzhalter durch Ihre persönlichen Angaben:

Platzhalter	Was einsetzen	Wo Sie den Wert finden
[Vor- und Nachname]	Ihr vollständiger Name	Personalausweis
[Straße, Hausnummer]	Ihre aktuelle Anschrift	Personalausweis / Meldebescheinigung
[PLZ Ort]	Postleitzahl und Wohnort	Personalausweis
[Steuernummer]	Ihre Steuernummer (Format: 123/456/78901)	Letzter Steuerbescheid · oben rechts
[Steuer-ID]	Ihre Steueridentifikationsnummer (11-stellig)	Mitteilung des Bundeszentralamts oder Steuerbescheid
[Finanzamt Ort]	Name Ihres zuständigen Finanzamts	Steuerbescheid · Briefkopf
[Aktenzeichen]	Aktenzeichen oder Bescheidnummer	Im konkreten Steuerbescheid · oben rechts

[Datum]	Heutiges Datum (TT.MM.JJJJ)	—
---------	-----------------------------	---

Wichtig: Die Briefe in diesem Dokument sind als Vorlage für den persönlichen Gebrauch gedacht. Vor dem Versand prüfen Sie bitte sorgfältig alle Platzhalter — vergessene Platzhalter wie »[Datum]« oder »[Steuernummer]« führen häufig zu Rückfragen.

Versand: Per Post oder über Mein ELSTER?

Sie haben für jeden Brief zwei Möglichkeiten:

- **Per Post:** Drucken Sie den Brief aus, unterschreiben Sie ihn handschriftlich und schicken Sie ihn per Einschreiben oder einfach per Post an Ihr Finanzamt. Bewahren Sie eine Kopie auf.
- **Über Mein ELSTER:** Im persönlichen Bereich unter »Sonstige Nachrichten an das Finanzamt« können Sie den Text einfügen oder als PDF anhängen. Vorteil: Sie haben automatisch eine elektronische Eingangsbestätigung.

Empfehlung: Bei wichtigen Anträgen — insbesondere bei einem Einspruch gegen einen Steuerbescheid mit Fristbindung — verwenden Sie ein **Einschreiben mit Rückschein**. Sie haben dann einen rechtssicheren Nachweis über das Eingangsdatum.

Die 12 Musterbriefe im Überblick

Hier finden Sie alle zwölf Musterbriefe in der Übersicht. Suchen Sie sich den Brief, der zu Ihrer Situation passt, und gehen Sie direkt zur entsprechenden Seite.

Nr.	Brief	Wann nutzen?
1	Antrag auf Nichtveranlagungs-Bescheinigung	Wenn Ihr Einkommen unter dem Grundfreibetrag liegt — Banken behalten dann keine Abgeltungsteuer mehr ein.
2	Antrag auf Günstigerprüfung der Abgeltungsteuer	Wenn Ihr persönlicher Steuersatz unter 25 % liegt und Sie zu viel Abgeltungsteuer zurückholen wollen.
3	Einspruch gegen einen Steuerbescheid	Wenn der Steuerbescheid Fehler enthält oder Sie mit einer Festsetzung nicht einverstanden sind.
4	Antrag auf Fristverlängerung	Wenn Sie die Frist 31. Juli für die Steuererklärung nicht einhalten können.
5	Antrag auf Stundung einer Steuernachzahlung	Wenn Sie eine Nachzahlung erhalten, die Sie aktuell nicht in einer Summe leisten können.
6	Antrag auf Herabsetzung der Vorauszahlungen	Wenn das Finanzamt Vorauszahlungen festgesetzt hat, die zu Ihrer aktuellen Lage nicht mehr passen.
7	Antrag auf Anerkennung außergewöhnlicher Belastungen	Bei hohen Krankheits-, Pflege- oder behinderungsbedingten Aufwendungen.
8	Antrag auf Anpassung der Lohnsteuerklasse nach Verwitwung	Wenn der Ehegatte verstorben ist und die Steuerklasse angepasst werden soll.
9	Mitteilung an die Krankenkasse zur KVdR-Mitgliedschaft	Wenn Sie die Voraussetzungen für die günstigere Krankenversicherung der Rentner prüfen lassen wollen.
10	Antrag auf Befreiung vom Solidaritätszuschlag	Falls auf Ihre Kapitalerträge unzulässig Solidaritätszuschlag einbehalten wurde.
11	Antrag auf Korrektur des Rentenfreibetrags	Wenn der lebenslange Rentenfreibetrag in Ihrem Steuerbescheid falsch berechnet wurde.
12	Mitteilung über Auslandsaufenthalt	Wenn Sie Ihren Wohnsitz dauerhaft ins Ausland verlegen.

Antrag auf Nichtveranlagungs-Bescheinigung

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Wenn Ihr voraussichtliches zu versteuerndes Einkommen 2026 unter dem Grundfreibetrag liegt (12.348 € für Ledige, 24.696 € für Verheiratete), zahlen Sie keine Einkommensteuer. Trotzdem behalten Banken automatisch 25 % Abgeltungsteuer auf Ihre Zinsen ein. Mit einer **NV-Bescheinigung** wird das verhindert: Sie legen die Bescheinigung Ihrer Bank vor, und ab dann werden Zinsen ohne Steuerabzug ausgezahlt.

Praktische Wirkung: Bei 2.000 € Zinsen ohne NV-Bescheinigung verlieren Sie sofort rund 250 € Abgeltungsteuer. Mit NV-Bescheinigung bekommen Sie die vollen 2.000 €. Die Bescheinigung gilt drei Jahre und kann formlos verlängert werden.

Was Sie vorab klären sollten

- Ihr zu versteuerndes Einkommen liegt unter dem Grundfreibetrag — Sie können das mit dem Rechner aus Bonus 1 prüfen.
- Sie sind nicht zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet (sonst lehnt das Finanzamt den Antrag ab).
- Sie brauchen für jede Bank, bei der Sie Konten oder Depots haben, eine eigene Bescheinigung.

Der Briefentwurf

*Hinweis: Für die NV-Bescheinigung gibt es auch das amtliche Formular **NV 1 A**. Sie können wahlweise dieses Formular oder den nachfolgenden formlosen Brief verwenden — beides ist zulässig.*

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Steuer-ID: [11-stellige Steuer-ID]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt [Ort]
[Straße des Finanzamts]
[PLZ Ort]

Betreff: Antrag auf Erteilung einer Nichtveranlagungs-Bescheinigung gemäß § 44a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EStG

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich die Erteilung einer Nichtveranlagungs-Bescheinigung für die Kalenderjahre 2026, 2027 und 2028.

Zur Begründung führe ich an, dass mein voraussichtliches zu versteuerndes Einkommen in den kommenden Jahren unterhalb des Grundfreibetrags nach § 32a EStG liegen wird. Mein Einkommen setzt sich wie folgt zusammen:

- Gesetzliche Rente (Bruttobetrag): rund [Betrag] € jährlich
- Kapitalerträge: voraussichtlich [Betrag] € jährlich
- Sonstige Einkünfte: keine

Ich bitte Sie, mir die Bescheinigung in [Anzahl] Ausfertigungen zuzusenden, damit ich diese den jeweiligen Kreditinstituten vorlegen kann.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Was passiert danach?

Das Finanzamt prüft Ihre Angaben und stellt die Bescheinigung in der Regel innerhalb von **vier bis sechs Wochen** aus. Sie erhalten ein amtliches Schreiben, das Sie bei jeder Bank und bei jedem Wertpapier-Broker einreichen können. Ab Vorlage der Bescheinigung verzichtet das Institut auf den Steuerabzug.

Antrag auf Günstigerprüfung der Abgeltungsteuer

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Wenn Ihr persönlicher Einkommensteuersatz unter 25 % liegt und Ihre Bank bereits Abgeltungsteuer auf Ihre Kapitalerträge einbehalten hat, können Sie über die **Günstigerprüfung** die Differenz zurückbekommen. Üblicherweise stellen Sie diesen Antrag direkt mit der Anlage KAP der Steuererklärung (Zeile 4). Falls Sie die Steuererklärung bereits abgegeben haben, ohne den Antrag zu stellen, können Sie ihn noch nachträglich nachholen — solange der Steuerbescheid noch nicht bestandskräftig ist.

Wieviel kann das ausmachen? Bei 1.500 € Kapitalerträgen über dem Sparer-Pauschbetrag und einem persönlichen Steuersatz von 12 % statt 25 % bekommen Sie etwa **195 € zurück** — netto, ohne weiteren Aufwand.

Was Sie vorab klären sollten

- Ihr Steuerbescheid ist noch nicht bestandskräftig (Frist: ein Monat ab Zustellung).
- Sie haben die Steuerbescheinigung Ihrer Bank zur Hand.
- Ihr persönlicher Grenzsteuersatz liegt voraussichtlich unter 25 %.

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Steuernummer: [Steuernummer]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt [Ort]
[Straße des Finanzamts]
[PLZ Ort]

Betreff: Nachträglicher Antrag auf Günstigerprüfung gemäß § 32d Abs. 6 EStG für das Veranlagungsjahr [Jahr]

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Einkommensteuererklärung für das Jahr [Jahr] habe ich versäumt, den Antrag auf Günstigerprüfung gemäß § 32d Abs. 6 EStG zu stellen. Hiermit hole ich diesen Antrag nach.

Ich beantrage, meine Kapitalerträge im Rahmen der Günstigerprüfung mit dem persönlichen Steuersatz zu besteuern und die zu viel einbehaltene Abgeltungsteuer zu erstatten.

Folgende Werte aus der Steuerbescheinigung meiner Bank lege ich zugrunde:

- Kapitalerträge: [Betrag] €
- In Anspruch genommener Sparer-Pauschbetrag: [Betrag] €
- Einbehaltene Kapitalertragsteuer: [Betrag] €
- Einbehaltener Solidaritätszuschlag: [Betrag] €

Die Steuerbescheinigung der [Name der Bank] vom [Datum] lege ich diesem Schreiben in Kopie bei.

Ich bitte um entsprechende Berücksichtigung im Steuerbescheid für [Jahr] und um Erstattung der Differenz auf das Ihnen bekannte Konto.

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Was passiert danach?

Das Finanzamt rechnet die Günstigerprüfung nach. Liegt Ihr persönlicher Tarif tatsächlich unter 25 %, erhalten Sie einen **geänderten Steuerbescheid** und die Erstattung wird Ihnen überwiesen. Bearbeitungsdauer: typisch sechs bis zehn Wochen. Liegt Ihr Tarif über 25 %, bleibt es bei der bisherigen Festsetzung — Nachteile entstehen Ihnen nicht.

Einspruch gegen einen Steuerbescheid

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Wenn Sie nach Erhalt eines Steuerbescheids feststellen, dass eine Position nicht berücksichtigt wurde — vergessene KV/PV-Beiträge, falsch berechneter Rentenfreibetrag, nicht anerkannte außergewöhnliche Belastungen — haben Sie **einen Monat ab Bekanntgabe** Zeit, schriftlich Einspruch einzulegen. Der Einspruch ist kostenfrei und für viele Rentner der direkte Weg zu einer Erstattung.

Frist beachten: Die Einspruchsfrist ist eine sogenannte **Ausschlussfrist** — wer sie versäumt, hat keine Möglichkeit mehr, den Bescheid zu ändern. Bei Postzustellung gilt der Bescheid drei Tage nach Aufgabe als bekannt gegeben. Bei elektronischer Zustellung über Mein ELSTER gilt der Tag des Abrufs.

Was Sie vorab klären sollten

- Den Steuerbescheid genau prüfen — welche Position ist falsch?
- Belege sammeln, die Ihre Position stützen (Quittungen, Bescheinigungen).
- Frist berechnen: ein Monat ab dem Tag der Bekanntgabe — der Tag der Aufgabe zählt nicht mit.

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Steuernummer: [Steuernummer]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt [Ort]
[Straße des Finanzamts]
[PLZ Ort]

**Betreff: Einspruch gegen den Einkommensteuerbescheid für [Jahr] vom
[Datum des Bescheids], Aktenzeichen [Aktenzeichen]**

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen den oben bezeichneten Einkommensteuerbescheid lege ich hiermit
fristgerecht **Einspruch** ein.

Begründung:

Im Bescheid wurde [konkret beschreiben, was nicht berücksichtigt wurde — z. B.:
»der Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 1.620 € nicht in
voller Höhe als Sonderausgabe anerkannt«].

Tatsächlich ergibt sich aus den beigefügten Unterlagen, dass [konkrete Begründung
mit Werten und Belegen — z. B.: »der Gesamtbetrag der Beiträge zur gesetzlichen
Krankenversicherung im Jahr [Jahr] 1.620 € betrug, wie aus dem Beitragsnachweis
der [Name der Krankenkasse] vom [Datum] hervorgeht«].

Ich beantrage daher,

**den Einkommensteuerbescheid vom [Datum des Bescheids] entsprechend zu
ändern und die [konkrete Position] in Höhe von [Betrag] € zu berücksichtigen.**

Folgende Unterlagen lege ich bei:

- [Beleg 1, z. B. Beitragsnachweis der Krankenkasse]
- [Beleg 2, z. B. Rechnungen für Krankheitskosten]

Ich bitte um Bestätigung des Einspruchseingangs und um geänderten Bescheid.

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Was passiert danach?

Das Finanzamt bestätigt den Einspruchseingang in der Regel innerhalb von zwei Wochen. Die Bearbeitung des Einspruchs selbst dauert **vier Wochen bis sechs Monate**, abhängig von der Komplexität. Wenn das Finanzamt Ihrem Einspruch stattgibt, erhalten Sie einen **geänderten Steuerbescheid**. Wird der Einspruch abgelehnt, erhalten Sie eine Einspruchsentscheidung, gegen die Sie binnen Monatsfrist beim Finanzgericht Klage erheben können.

Tipp: Bei Unsicherheit, ob ein Einspruch sich lohnt, lassen Sie sich vorab von einem Lohnsteuerhilfverein oder Steuerberater beraten. Die Mitgliedschaft im Lohnsteuerhilfverein kostet rund 150 € jährlich — und der Verein vertritt Sie auch im Einspruchsverfahren.

Antrag auf Fristverlängerung für die Steuererklärung

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Die reguläre Frist für die Abgabe der Steuererklärung 2026 läuft am **31. Juli 2027** ab (bei Beauftragung eines Steuerberaters: 28. Februar 2028). Wenn Sie diese Frist nicht einhalten können — wegen Krankheit, fehlender Unterlagen, Auslandsreise oder anderer Gründe — beantragen Sie rechtzeitig vor Fristablauf eine Verlängerung. Das Finanzamt gewährt typischerweise eine Verlängerung um zwei bis vier Monate.

Wichtig: Stellen Sie den Antrag **vor Ablauf der Frist**. Anträge, die nach dem 31. Juli eingehen, werden in der Regel abgelehnt — und es droht ein **Verspätungszuschlag** von mindestens 25 € pro angefangenem Monat (§ 152 AO).

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Steuernummer: [Steuernummer]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt [Ort]
[Straße des Finanzamts]
[PLZ Ort]

Betreff: Antrag auf Fristverlängerung für die Einkommensteuererklärung [Jahr]

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich für die Abgabe der Einkommensteuererklärung für das Veranlagungsjahr [Jahr] eine Fristverlängerung gemäß § 109 AO bis zum [neues Datum, z. B. 31.10.2027].

Begründung:

[Konkrete Begründung — Beispiele:

- »Aufgrund einer schweren Erkrankung im Frühjahr [Jahr] konnte ich die erforderlichen Unterlagen bisher nicht vollständig zusammenstellen.«
- »Die Rentenbezugsmitteilung der Deutschen Rentenversicherung ist mir bisher nicht zugegangen, sodass ich die Anlage R noch nicht abschließend ausfüllen kann.«
- »Wegen eines länger geplanten Auslandsaufenthalts vom [Datum] bis [Datum] kann ich die Erklärung erst nach meiner Rückkehr fertigstellen.«]

Ich versichere, die Steuererklärung innerhalb der beantragten Verlängerungsfrist einzureichen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Was passiert danach?

Das Finanzamt entscheidet über Ihren Antrag in der Regel innerhalb von zwei bis vier Wochen. Bei nachvollziehbarer Begründung wird die Verlängerung in fast allen Fällen gewährt. Sie erhalten eine schriftliche Bestätigung mit dem neuen Stichtag. **Bewahren Sie diese Bestätigung sorgfältig auf** — sie ist Ihr Nachweis im Streitfall.

Antrag auf Stundung einer Steuernachzahlung

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Wenn Sie nach Erhalt eines Steuerbescheids feststellen, dass eine Nachzahlung fällig wird, die Sie momentan nicht in einer Summe leisten können, beantragen Sie eine **Stundung**. Das Finanzamt kann Ihnen dann einen Zahlungsaufschub oder eine Ratenzahlung gewähren — gemäß § 222 AO ist das möglich, wenn die sofortige Zahlung eine **erhebliche Härte** darstellen würde und der Steueranspruch durch die Stundung nicht gefährdet ist.

Zinsen während der Stundung: Bei einer bewilligten Stundung fallen Stundungszinsen von 0,5 % pro angefangenem Monat an (§ 234 AO). Das ist deutlich günstiger als die **Säumniszuschläge** von 1 % pro Monat, die anfallen, wenn Sie einfach nicht zahlen (§ 240 AO).

Was Sie vorab klären sollten

- Den Antrag **vor Fälligkeit** der Steuer stellen — rückwirkende Stundung wird abgelehnt.
- Konkret darlegen, warum die Zahlung jetzt eine Härte ist (Krankheit, vorübergehende Engpässe).
- Wenn möglich, einen Tilgungsplan vorschlagen (z. B. monatliche Raten).

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Steuernummer: [Steuernummer]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt [Ort]
[Straße des Finanzamts]
[PLZ Ort]

**Betreff: Antrag auf Stundung der Einkommensteuer-Nachzahlung für [Jahr],
Bescheid vom [Datum]**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich gemäß § 222 AO die Stundung der mit Steuerbescheid vom [Datum] festgesetzten Einkommensteuer-Nachzahlung in Höhe von [Betrag] € bis zum [Datum].

Hilfsweise bitte ich um Gewährung einer Ratenzahlung in [Anzahl] monatlichen Raten zu je [Betrag] €, beginnend ab dem [Datum].

Begründung:

Die Voraussetzungen einer Stundung nach § 222 AO sind erfüllt. Die Zahlung der Steuerschuld zum Fälligkeitszeitpunkt stellt für mich eine erhebliche Härte dar.

Konkret: [Persönliche Gründe darlegen — Beispiele:

- »Aufgrund einer schweren Erkrankung mit längerem Krankenhausaufenthalt sind in den letzten Monaten erhebliche zusätzliche Kosten angefallen, die ich aus meinen laufenden Rentenbezügen nicht decken kann.«
- »Ich beziehe ausschließlich eine gesetzliche Rente in Höhe von [Betrag] € monatlich und habe keine Ersparnisse, aus denen ich die Nachzahlung in einer Summe leisten könnte.«]

Der Steueranspruch ist durch die Stundung nicht gefährdet, da ich aus meinen laufenden Rentenbezügen die vereinbarten Raten zuverlässig leisten kann. Bisher habe ich meine steuerlichen Pflichten stets fristgerecht erfüllt.

Ich bitte um Verständnis und um wohlwollende Prüfung meines Antrags.

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Was passiert danach?

Das Finanzamt prüft Ihren Antrag und entscheidet im Rahmen seines Ermessens. In den meisten Fällen — insbesondere wenn Sie Ihre Steuern bisher zuverlässig gezahlt haben — wird die Stundung oder Ratenzahlung gewährt. Sie erhalten einen **Stundungsbescheid** mit den genauen Bedingungen. Bei Ablehnung können Sie binnen Monatsfrist Einspruch einlegen.

Antrag auf Herabsetzung der Vorauszahlungen

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Wenn das Finanzamt für Sie Einkommensteuer-Vorauszahlungen festgesetzt hat, weil Sie in der Vergangenheit höhere Einkünfte erzielt haben — und sich Ihre Lage inzwischen geändert hat (Wegfall einer Mieteinnahme, Wegfall einer Pension durch Tod des Ehegatten, Rückgang der Kapitalerträge) — können Sie eine **Herabsetzung der Vorauszahlungen** beantragen.

Praktische Wirkung: Statt vierteljährlich 600 € im Voraus zu zahlen und am Jahresende die Erstattung zu bekommen, behalten Sie das Geld monatlich auf Ihrem Konto. Bei kleineren Renten ist das ein erheblicher Liquiditätsvorteil.

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Steuernummer: [Steuernummer]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt [Ort]
[Straße des Finanzamts]
[PLZ Ort]

Betreff: Antrag auf Herabsetzung der Vorauszahlungen zur Einkommensteuer für [Jahr]

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich gemäß § 37 Abs. 3 EStG die Herabsetzung der für das Veranlagungsjahr [Jahr] festgesetzten Einkommensteuer-Vorauszahlungen.

Mit Bescheid vom [Datum] wurden die Vorauszahlungen auf [aktuelle Höhe] € quartalsweise festgesetzt. Diese Festsetzung beruht auf den Verhältnissen des Jahres [vergangenes Jahr].

Inzwischen haben sich meine Einkommensverhältnisse wie folgt geändert:

[Konkrete Begründung — Beispiele:

- »Mein Ehegatte ist am [Datum] verstorben, sodass die anteilige Pension entfällt.«
- »Die vermietete Eigentumswohnung ist seit [Datum] nicht mehr vermietet, da ich den Verkauf eingeleitet habe.«
- »Meine Kapitalerträge sind durch die niedrigeren Zinsen deutlich gesunken — von zuvor [Betrag] € auf voraussichtlich [Betrag] € jährlich.«]

Ich gehe davon aus, dass meine voraussichtliche Steuerschuld für [Jahr] etwa [Betrag] € beträgt. Ich beantrage daher, die Vorauszahlungen entsprechend auf [neuer Betrag] € pro Quartal herabzusetzen.

Auf Wunsch reiche ich gerne eine Aufstellung meiner voraussichtlichen Einkünfte nach.

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Antrag auf Anerkennung außergewöhnlicher Belastungen

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Wenn das Finanzamt in Ihrem Steuerbescheid **außergewöhnliche Belastungen** nicht oder nicht in der von Ihnen geltend gemachten Höhe anerkannt hat — typischerweise bei hohen Krankheitskosten, Pflegekosten oder behinderungsbedingten Aufwendungen — können Sie mit diesem Brief eine erneute Prüfung verlangen. Dieser Brief ergänzt sinnvoll den Einspruch (Brief Nr. 3) oder dient als ergänzender Antrag bei einer offenen Veranlagung.

Zumutbare Eigenbelastung: Außergewöhnliche Belastungen werden erst über der **zumutbaren Eigenbelastung** berücksichtigt. Diese liegt bei Rentnern in der Regel zwischen 1 % und 7 % des Gesamtbetrags der Einkünfte (§ 33 Abs. 3 EStG). Bei einem zu versteuernden Einkommen von 18.000 € beträgt die zumutbare Eigenbelastung etwa 540 €.

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Steuernummer: [Steuernummer]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt [Ort]
[Straße des Finanzamts]
[PLZ Ort]

Betreff: Antrag auf Anerkennung außergewöhnlicher Belastungen gemäß § 33 EStG für das Jahr [Jahr]

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich die Anerkennung folgender außergewöhnlicher Belastungen gemäß § 33 EStG für das Veranlagungsjahr [Jahr]:

Krankheits- und Pflegekosten:

- Zuzahlungen zu Medikamenten: [Betrag] €
- Brille / Hörgerät / Zahnersatz: [Betrag] €
- Fahrtkosten zu Ärzten und Therapien: [Betrag] €
- Kurkosten / Sanatorium: [Betrag] €
- Pflegedienstkosten (eigener Anteil): [Betrag] €

Gesamt: [Summe] €

Sämtliche Aufwendungen sind durch die beigefügten Originalbelege oder Rechnungen nachgewiesen. Die Notwendigkeit der Aufwendungen ergibt sich aus den ärztlichen Verordnungen bzw. dem festgestellten Pflegegrad [Pflegegrad].

Ich bitte, die genannten Aufwendungen unter Berücksichtigung der zumutbaren Eigenbelastung gemäß § 33 Abs. 3 EStG anzuerkennen und den Einkommensteuerbescheid entsprechend zu ändern.

Folgende Unterlagen lege ich bei:

- Kopien aller Rechnungen und Quittungen
- Ärztliche Verordnungen, soweit erforderlich
- Bescheinigung über den Pflegegrad

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Antrag auf Anpassung der Steuerklasse nach Verwitwung

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Nach dem Tod des Ehegatten können Sie für das Todesjahr und das darauffolgende Kalenderjahr noch das **Splitting-Verfahren** nutzen (sogenanntes Witwen- oder Witwer-Splitting nach § 32a Abs. 6 EStG). Damit dies korrekt berücksichtigt wird, sollten Sie das Finanzamt über den Trauerfall informieren und die Anpassung der Veranlagungsart bzw. Steuerklasse beantragen.

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Steuernummer: [Steuernummer]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt [Ort]
[Straße des Finanzamts]
[PLZ Ort]

Betreff: Mitteilung über den Tod meines Ehegatten und Antrag auf Witwen-/Witwer-Splitting

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich teile Ihnen mit, dass mein Ehegatte [Vor- und Nachname des verstorbenen Ehegatten], geboren am [Geburtsdatum], am [Sterbedatum] verstorben ist.

Eine Kopie der Sterbeurkunde lege ich diesem Schreiben bei.

Für das Veranlagungsjahr [Sterbejahr] beantrage ich die Zusammenveranlagung im Rahmen des Splitting-Verfahrens nach § 26b EStG.

Für das darauf folgende Veranlagungsjahr [Folgejahr] beantrage ich die Anwendung des sogenannten **Witwen-/Witwer-Splittings** gemäß § 32a Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 EStG.

Bitte teilen Sie mir mit, ob ergänzende Unterlagen erforderlich sind, und passen Sie gegebenenfalls die festgesetzten Vorauszahlungen für die Folgejahre an meine geänderten Verhältnisse an.

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Anfrage zur Krankenversicherung der Rentner (KVdR)

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Die **Krankenversicherung der Rentner (KVdR)** ist die günstigere Pflichtversicherung für Rentner. Voraussetzung: In den letzten 9/10 Ihrer zweiten Erwerbslebenshälfte waren Sie zu mindestens 90 % gesetzlich pflicht- oder freiwillig versichert. Wenn Sie unsicher sind, ob Sie die Voraussetzungen erfüllen oder bisher als freiwilliges Mitglied geführt werden (was teurer ist), bitten Sie Ihre Krankenkasse mit diesem Brief um Prüfung.

Achtung: Dieser Brief geht an die **Krankenkasse**, nicht an das Finanzamt. Adressat ist Ihre gesetzliche Krankenkasse (z. B. AOK, Barmer, TK, DAK).

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Versichertennummer: [Versichertennummer]

[Ort], den [Datum]

An die [Name der Krankenkasse]
[Anschrift der Krankenkasse]

Betreff: Antrag auf Prüfung der Mitgliedschaft in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich beziehe seit [Datum] eine gesetzliche Altersrente der Deutschen Rentenversicherung. Bisher werde ich bei Ihnen als [freiwilliges Mitglied / Pflichtmitglied] geführt.

Hiermit bitte ich Sie, die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V zu prüfen.

Ich gehe davon aus, dass ich die sogenannte **Vorversicherungszeit** erfülle: In den letzten 9/10 der zweiten Hälfte meines Erwerbslebens war ich zu mindestens 90 % gesetzlich pflicht- oder freiwillig krankenversichert.

Sofern die Voraussetzungen erfüllt sind, bitte ich um **rückwirkende Aufnahme** in die KVdR ab Rentenbeginn am [Datum] sowie um Erstattung gegebenenfalls zu viel gezahlter Beiträge.

Folgende Unterlagen lege ich bei:

- Rentenbescheid der Deutschen Rentenversicherung
- Versicherungsverlauf der Deutschen Rentenversicherung

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Antrag auf Befreiung vom Solidaritätszuschlag

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Seit der Soli-Reform 2021 zahlen die meisten Steuerpflichtigen keinen Solidaritätszuschlag mehr. Auf **Kapitalerträge** wird der Soli aber weiterhin automatisch von der Bank einbehalten — auch wenn Sie aufgrund Ihres niedrigen Einkommens eigentlich befreit wären. Mit einer NV-Bescheinigung (siehe Brief 1) entfällt das ohnehin. Wenn Sie aber keine NV-Bescheinigung haben und der Soli zu Unrecht einbehalten wurde, können Sie die Erstattung beantragen.

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Steuernummer: [Steuernummer]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt [Ort]
[Straße des Finanzamts]
[PLZ Ort]

Betreff: Antrag auf Erstattung des einbehaltenen Solidaritätszuschlags auf Kapitalerträge für [Jahr]

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Veranlagungsjahr [Jahr] hat meine Bank auf meine Kapitalerträge Solidaritätszuschlag in Höhe von insgesamt [Betrag] € einbehalten und an das Finanzamt abgeführt.

Mein zu versteuerndes Einkommen lag im Jahr [Jahr] bei [Betrag] € und damit unterhalb der Freigrenze gemäß § 3 Abs. 4a SolzG. Eine Pflicht zur Zahlung des Solidaritätszuschlags besteht in meinem Fall daher nicht.

Ich beantrage hiermit im Rahmen meiner Einkommensteuerveranlagung [Jahr] die **Erstattung des zu Unrecht einbehaltenen Solidaritätszuschlags** in Höhe von [Betrag] € auf das Ihnen bekannte Konto.

Die Steuerbescheinigung der [Name der Bank] vom [Datum], aus der sich der einbehaltene Solidaritätszuschlag ergibt, lege ich diesem Schreiben bei.

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Antrag auf Korrektur des Rentenfreibetrags

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Der **Rentenfreibetrag** wird im ersten vollen Bezugsjahr Ihrer Rente einmalig berechnet und gilt dann lebenslang in unverändertem Euro-Betrag. Die Höhe hängt vom Jahr Ihres Renteneintritts ab. Wenn Sie in Ihrem Steuerbescheid feststellen, dass der Rentenfreibetrag falsch berechnet wurde — z. B. weil das Finanzamt vom falschen Renteneintrittsjahr ausgegangen ist — können Sie eine Korrektur verlangen.

Folgeschwerer Fehler: Ein um 5 Prozentpunkte zu niedrig angesetzter Freibetrag bei einer Bruttorente von 18.000 € kostet Sie etwa **900 € pro Jahr** an zu viel berechnetem steuerpflichtigem Anteil — und das lebenslang. Eine sorgfältige Prüfung des ersten Steuerbescheids als Rentner lohnt sich.

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Straße, Hausnummer]
[PLZ Ort]
Steuernummer: [Steuernummer]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt [Ort]
[Straße des Finanzamts]
[PLZ Ort]

**Betreff: Antrag auf Korrektur des Rentenfreibetrags im
Einkommensteuerbescheid [Jahr] vom [Datum], Aktenzeichen [Aktenzeichen]**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im genannten Einkommensteuerbescheid wurde der lebenslange Rentenfreibetrag nach § 22 Nr. 1 Satz 3 EStG mit [Betrag laut Bescheid] € angesetzt. Diese Berechnung beruht offenbar auf einem Renteneintritt im Jahr [angenommenes Jahr].

Tatsächlich ist mein versicherungsrechtlicher Rentenbeginn der **[korrektes Datum]**. Dies ergibt sich aus dem Rentenbescheid der Deutschen Rentenversicherung vom [Datum], den ich diesem Schreiben in Kopie beifüge.

Auf Grundlage des korrekten Renteneintrittsjahres beträgt der Besteuerungsanteil [korrekter Prozentsatz] % und der Rentenfreibetrag entsprechend **[korrekter Betrag] €**.

Ich beantrage daher,

den Einkommensteuerbescheid vom [Datum] entsprechend zu ändern, den lebenslangen Rentenfreibetrag mit [korrekter Betrag] € anzusetzen und die Steuerfestsetzung neu vorzunehmen.

Bitte berücksichtigen Sie diese Korrektur auch für künftige Veranlagungen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Mitteilung über Auslandsaufenthalt

Wann nutzen Sie diesen Brief?

Wenn Sie Ihren Wohnsitz dauerhaft ins Ausland verlegen — typische Ziele für deutsche Rentner sind Spanien, Portugal, Schweiz, Österreich, Thailand — ändert sich Ihre steuerliche Stellung. Sie werden in der Regel **beschränkt steuerpflichtig** in Deutschland, und Ihre deutsche Rente wird gegebenenfalls nach dem jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) behandelt. Diesen Brief schicken Sie an das Finanzamt **Neubrandenburg**, das bundesweit für Rentner mit Wohnsitz im Ausland zuständig ist.

Wichtig: Die Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland ist **kein** Grund, die Mitteilung an die Deutsche Rentenversicherung zu vergessen. Diese hat eine eigene Meldepflicht. Auch die deutsche Krankenversicherung muss informiert werden.

Der Briefentwurf

[Vor- und Nachname]
[Neue Anschrift im Ausland]
[PLZ Ort, Land]
Steuer-ID: [Steuer-ID]

[Ort], den [Datum]

An das Finanzamt Neubrandenburg
Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Deutschland

Betreff: Mitteilung über die Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland und Antrag auf Veranlagung als beschränkt Steuerpflichtiger

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit teile ich Ihnen mit, dass ich meinen Wohnsitz zum [Datum] dauerhaft nach [Land] verlegt habe. Meine neue Anschrift entnehmen Sie bitte dem Briefkopf.

Bisheriger Wohnsitz in Deutschland: [vollständige bisherige deutsche Anschrift].

Ich beziehe eine Altersrente der Deutschen Rentenversicherung. Soweit nach dem jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und [Land] das Besteuerungsrecht für meine deutsche Rente in Deutschland verbleibt, bitte ich um Veranlagung als beschränkt Steuerpflichtiger gemäß § 1 Abs. 4 EStG.

Folgende Unterlagen lege ich bei:

- Abmeldebescheinigung der deutschen Meldebehörde
- Wohnsitzbescheinigung der ausländischen Behörde (Zertifikat ELI / Padrón / Attestation)
- Rentenbescheid der Deutschen Rentenversicherung

Ich bitte Sie, mir die für Auslandsrentner erforderlichen Formulare zuzusenden bzw. mich darüber zu informieren, ob in meinem Fall die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Abgabe einer Steuererklärung im Rahmen des Amtsveranlagungsverfahrens vorliegen.

Für Rückfragen erreichen Sie mich unter der Anschrift im Briefkopf sowie per E-Mail unter [E-Mail-Adresse].

Mit freundlichen Grüßen

[Vor- und Nachname]

Was passiert danach?

Das Finanzamt Neubrandenburg ist auf Auslandsrentner spezialisiert und bearbeitet Ihren Vorgang in der Regel innerhalb von acht bis zwölf Wochen. Sie erhalten einen Erstbescheid und Informationen über die zukünftige Verfahrensweise. In vielen Fällen — abhängig vom Doppelbesteuerungsabkommen — verzichtet das Finanzamt auf die Vorlage einer Steuererklärung und führt das sogenannte **Amtsveranlagungsverfahren** durch.

Rechtsgrundlagen und Quellen

Alle Briefe basieren ausschließlich auf offiziellen deutschen Rechtsnormen. Hier eine Zusammenstellung der wichtigsten Vorschriften und Quellen:

Norm	Inhalt
§ 32a EStG	Einkommensteuertarif und Grundfreibetrag (12.348 € / 24.696 € im Jahr 2026)
§ 32a Abs. 6 EStG	Witwen-/Witwer-Splitting im Folgejahr nach dem Tod des Ehegatten
§ 32d Abs. 6 EStG	Günstigerprüfung bei Kapitalerträgen
§ 33 EStG	Außergewöhnliche Belastungen — Krankheits-, Pflege- und behinderungsbedingte Aufwendungen
§ 33 Abs. 3 EStG	Zumutbare Eigenbelastung (1–7 % des Gesamtbetrags der Einkünfte)
§ 22 Nr. 1 Satz 3 EStG	Besteuerungsanteil und Rentenfreibetrag
§ 37 Abs. 3 EStG	Anpassung der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer
§ 38b EStG	Steuerklassen
§ 44a Abs. 2 EStG	Nichtveranlagungs-Bescheinigung — Befreiung vom Kapitalertragsteuerabzug
§ 109 AO	Verlängerung von Fristen
§ 152 AO	Verspätungszuschlag bei verspäteter Steuererklärung
§ 222 AO	Stundung von Steueransprüchen bei erheblicher Härte
§ 234 AO	Stundungszinsen (0,5 % pro Monat)
§ 240 AO	Säumniszuschläge bei verspäteter Zahlung (1 % pro Monat)
§ 347 AO	Einspruch gegen Verwaltungsakte der Finanzbehörden
§ 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V	Krankenversicherung der Rentner (KVdR)
§ 3 SolzG	Freigrenze beim Solidaritätszuschlag
§ 1 Abs. 4 EStG	Beschränkte Steuerpflicht (Wohnsitz im Ausland)

Offizielle Quellen für Formulare und Verfahren

- **Mein ELSTER:** www.elster.de — elektronische Steuererklärung und Übermittlung von Schreiben

- **Bundeszentralamt für Steuern:** [bzst.de](https://www.bzst.de) — Steueridentifikationsnummer und allgemeine Auskünfte
- **Formular NV 1 A:** [formulare-bfinv.de](https://www.formulare-bfinv.de) — amtliches Formular für die NV-Bescheinigung
- **Finanzamt Neubrandenburg:** [finanzamt-rente-im-ausland.de](https://www.finanzamt-rente-im-ausland.de) — bundesweit zuständig für Rentner mit Wohnsitz im Ausland
- **Deutsche Rentenversicherung:** [deutsche-rentenversicherung.de/Steuerbescheinigung](https://www.deutsche-rentenversicherung.de/Steuerbescheinigung) — Rentenbezugsmitteilung
- **Bundesfinanzministerium:** [bundesfinanzministerium.de](https://www.bundesfinanzministerium.de) — aktuelle Gesetzesänderungen und BMF-Schreiben

Wichtiger Hinweis

Die in diesem Dokument enthaltenen Musterbriefe sind sorgfältig recherchiert und basieren auf den jeweils einschlägigen Rechtsnormen mit Stand April 2026. Sie ersetzen jedoch **keine individuelle steuerliche oder rechtliche Beratung** durch einen Steuerberater oder Rechtsanwalt. In komplexen Fällen — insbesondere bei größeren Erbschaften, Auslandsvermögen, gewerblichen Aktivitäten oder laufenden Verfahren beim Finanzgericht — sollte stets professioneller Rat eingeholt werden.

Die in den Briefen enthaltenen Formulierungen können je nach Einzelfall, Bundesland und Praxis des zuständigen Finanzamts angepasst werden. Bei Unsicherheiten lassen Sie Ihren Brief vor dem Versand von einem Lohnsteuerhilfeverein (Mitgliedsbeitrag ca. 150 € jährlich) oder einem Steuerberater prüfen.

Rentenblick.TH übernimmt keine Haftung für Handlungen oder Unterlassungen auf Grundlage dieser Vorlagen. Das deutsche Steuerrecht ändert sich häufig; vor dem Versand sollten Sie die aktuellen Rechtsgrundlagen und Fristen mit den Veröffentlichungen des Bundesfinanzministeriums abgleichen.

Bonus 3 zum Rentnersteuer-Kompass 2026 · Rentenblick.TH · Stand April 2026